

Anders Wirtschaften für nachhaltigen Wohlstand - Auf dem Weg in die sozial-ökologische Marktwirtschaft

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: BAG Digitales & Medien

Beschlussdatum: 25.10.2019

Änderungsantrag zu WKF-05

Von Zeile 777 bis 788:

~~Mit Blick auf die konkret anstehende Entscheidung zu 5G halten wir einen **Ausschluss von Huawei** angesichts der chinesischen Rechtslage für unabdingbar. Viele kleinere europäische Länder sind abhängig davon, wie Deutschland sich entscheidet. Zwar mag der Ausbau der deutschen 5G-Netze durch Huawei kostengünstiger und schneller sein als durch europäische Anbieter. In der Abwägung zwischen Fragen der wirtschaftlichen und technologischen Effizienz und der außen- und sicherheitspolitischen Dimension einer solchen Entscheidung kommen wir aber zu dem Schluss, dass die politische Einflussnahme und die bereits stattfindende Spaltung Europas durch China nicht weiter zunehmen darf. Es geht auch darum, die sicherheitsrelevante Infrastruktur nicht dem Zugriff eines Konzerns in einem autoritären Staat zu überlassen. Und es wird auch über unsere wirtschaftliche Zukunft entscheiden, in Europa noch Unternehmen zu haben, die in der Lage sind, die Technologien der Zukunft zu bauen. Die Entwicklung von digitalen Standards ist systemrelevant.~~

Die Digitalisierung rückt auch den Bereich Kritischer Infrastrukturen verstärkt in den Fokus. Digitale Dienste und hochkomplexe ITK-Produkte stellen die IT-Regulierung vor neue Herausforderungen. Betreiber Kritischer Infrastrukturen müssen nachweisen, diese sicher zu betreiben und dafür sichere Komponenten zu verwenden. Auch die strategischen Abhängigkeiten von Herstellern werden immer politischer. Jüngst wurde im Handelskonflikt zwischen den USA und China die Sicherheit von 5G-Produkten thematisiert. Wir müssen unsere sicherheitsrelevanten Infrastrukturen sicher gestalten und klare Vorgaben für die Prüfung und Abnahme technischer Komponenten machen. Wir setzen uns für herstellerunabhängige Kriterien ein und wollen sachgerechte Entscheidungen nach dem Stand der Technik treffen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Deutschland im 5G-Ausbau nicht von einem einzigen Anbieter abhängig ist. Wir brauchen digitale Vielfalt zum Schutz unserer Infrastrukturen. Langfristig wollen wir prüfen, wie wir uns mit Verpflichtungen zu mehr OpenSource und mehr OpenHardware von strategischen Abhängigkeiten lösen können und vertrauenswürdige ITK-Ökosysteme aufbauen können.

Begründung

Der Antrag wurde in enger Zusammenarbeit mit den Abgeordneten Konstantin v. Notz, Alexandra Geese und Margit Stumpp erstellt.

Die Sicherheit eines Gegenstandes hängt nicht von einem Herkunftsland ab, sondern von seinen Eigenschaften. Diese lassen sich überwiegend prüfen und überwachen. Ein Ausschluss von einem

5G-Anbieter schwächt die Sicherheit unserer Mobilfunknetze, da uns dann die notwendige digitale Vielfalt fehlt. Beschaffte ITK-Produkte sind unsicher, zwischen der Produktion, dem Test und der Installation vergeht so viel Zeit, dass die Software bereits veraltet ist, wenn sie in Betrieb genommen wird. Da gibt es keine Unterschiede zwischen Produkten aus China, den USA oder Deutschland. Das ist allen Mobilfunkanbietern bewusst und daher gibt es funktionierende Sicherheitsvorgaben von der Bundesnetzagentur und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, damit entsprechende Risiken mit technischen und organisatorischen Maßnahmen minimiert werden.

Ein Ausschluss von Huawei aus dem 5G-Ausbau wäre eine wirtschaftspolitische und handelspolitische Entscheidung, die zu Lasten unserer inneren Sicherheit gehen würde. Wir haben in Deutschland keine eigenen Anbieter von 5G-Hardware, wir sind daher darauf angewiesen, von unterschiedlichen Herstellern Produkte zu beschaffen und den Einsatz durch angemessene Schutzmaßnahmen abzusichern.